

Hermannstädter Zeitung

vereinigt mit dem Siebenbürger Boten.

Erscheint mit Ausnahme des Sonntags täglich. Kostet für das halbe Jahr 5 fl., das Vierteljahr 2 fl. 50 kr., den Monat 85 kr.

Mit Postversendung halbjährig 7 fl. 50 kr., vierteljährig 3 fl. 80 kr. öst. Währ.

Redacteur:
Heinrich Schmidt.

Nro. 285.

Hermannstadt, Dienstag am 1. December.

1863.

Einladung zur Pränumeration für den Monat December.

Pränumerations-Preis:

In loco: Mit Postzusendung für Auswärtige:
— fl. 85 kr. ö. W. | 1 fl. 30 kr. ö. W.

Die Abonnements-Beträge werden franco an den Verleger Th. Steinhausen, oder durch nachstehende Geschäftsfreunde erbeten: in Mediasch bei Herrn Joh. Hedrich; in Schäßburg bei Herrn G. J. Haberjang, Buchhändler; in Szasz-Regen bei Herrn G. Kinn, Kaufmann; in Broos und Mühlbach bei Herrn J. F. Leonhard, Kaufmann; in Kronstadt die Buchhandlung Haberl & Hedwigg.

Hermannstadt, am 1. December 1863.

Verlag und Redaction
der „Hermannstädter Zeitung“ vereinigt mit dem „Sieb. Boten.“

Oesterreichischer Reichsrath.

(Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 25. November.)

(Schluß.)

Der Berichterstatter gibt zur Begründung dieses Antrages ein Résumé über die historische Entwicklung des Instituts des Staatsrathes. In den Tagen des Absolutismus war es der Reichsrath, welcher die Einheit Oesterreichs zu vermitteln hatte; heute sind es andere Factoren, welche in dieser Beziehung einzuwirken haben, das Staatsministerium und die beiden Häuser des Reichsrathes. Von den Persönlichkeiten ganz abstrahirend, schildert Redner die Gefährlichkeit des Instituts des Staatsrathes. Die Staatsgewalt bestehe aus zwei Factoren, dem obersten Herren und dem Reichsrath. Für die Executive besitze der Monarch das Ministerium; die Executive betreffend habe dieses Antrage a. h. Dits zu stellen, was dazwischen liegt, sei vom Uebel. Nicht eine langsame Arbeit des Staatsrathes werde bestritten, sondern der Gemüthsdruck nicht zu überwindender Principien, die uns in drei tiefen Friedensjahren dahin gebracht haben, daß gar nichts geschehen ist (Rufe: sehr richtig); der Staatsrath sei die Spitze eines Bureaucratismus, den man heute nicht mehr für möglich halten sollte. Wenn der Hr. Staatsminister sagt, daß er mit dem Staatsrath immer gut gefahren sei, so erscheine dies allerdings entwasfend, aber subjectiv nicht objectiv, und es handle sich nicht um die Frage, ob der Fall vorhanden ist, sondern ob er nach dem Geize möglich ist. Das Ministerium wahre immer eifersüchtig die Rechte der Executive, heute sei es an der Legislative, ihre Rechte zu wahren. Zu Anfang der nächsten Session werde es an der Zeit sein, die Rechte von Seite des Hauses allenfalls eine Initiative zu ergreifen, für heute sei es dazu wegen des nahen Endes der Session zu spät und man möge sich auf die vorgeschlagene Resolution beschränken.

Zur Debatte meldet sich Niemand, der Antrag des Ausschusses wird bei der Abstimmung mit Majorität angenommen.

Der Berichterstatter referirt noch über folgenden Zwischenfall. Zur Schärfe des Ausschusses wurde der Antrag gestellt, dem Hause folgende Resolution vorzuschlagen:

„Das Haus erkennt in dem Umfange, daß seine Bewilligung der Staatsvoranschläge für 1862 und 1863 bezüglich der Vorlage eines neuen Status für den Staatsrath und der Nichtbesetzung der vacanten oder vacant werdenden Stellen geschehenen Beschlüsse, abgesehen von ihrer gänzlichen Nichterfüllung von Seite des Ministeriums ohne Verantwortung geblieben sind, ein der Stellung des Ministeriums gegenüber dem Reichsrathe nicht entsprechendes Vorgehen und gibt dieser Ueberzeugung hiemit Ausdruck.“

Dieser Antrag, Anfangs zurückgezogen, weil der Hr. Staatsminister die Verantwortung im Ausschusse zugab, sei nun wieder aufgenommen und vom Ausschusse einstimmig angenommen worden, da die Verantwortung nicht erfolgte.

Staatsminister v. Schmerling: Der Antrag, den er hier vornehme, könne wohl nur auf einem Mißverständnisse beruhen. Als bei Verabreichung des Budgets für 1862 und 1863 von Seite des Hauses eine Reihe von Wünschen und Erwartungen ausgesprochen wurde, habe jeder der betreffenden Minister die in sein Ressort einschlagenden Punkte entgegengenommen und sich mit der Verantwortung befaßt. Die Verantwortung sei denn auch nach allen Richtungen erfolgt u. z. auch bezüglich jener Punkte, die den Staatsrath betreffen. Unter Controlle des Staatsministeriums habe der Staatsrath die Verantwortung ertheilt und wurde dieselbe in Druck gelegt. Nur durch einen Verstoß unterblieb die Veröffentlichung. Als der Gegenstand in der Section zur Sprache kam und er (Redner) erklärte, die Rechtfertigung bereits gedruckt bereitet zu haben, sei ihm bemerkt worden, daß dieselbe nicht an den Ausschuss, sondern an das Haus zu richten wäre; allerdings habe er es dann verstanden, sich zu überzeugen, ob die Veröffentlichung auch wirklich erfolgt sei. Darin, daß diese nun gedruckte und vertheilte Darstellung sich auf mündliche Erörterungen beziehe, könne er eine Verletzung der dem Hause schuldigen Aufmerksamkeit nicht erblicken, denn auch in anderen Antworten wurde ja ein gleicher Vorgang anstandslos beobachtet. Die mündlichen Erörterungen aber habe er des Breitesten dem Ausschusse und der Section gegeben und sie auch dem Hause gegenüber heute entwickelt. In diesem im Ausschusse und im Hause vernommenen mündlichen Auseinandersetzungen liege eben die Verantwortung der vom Hause geäußerten Wünsche. Unrichtig wäre es übrigens anzunehmen, daß es Pflicht des Staatsrathes war, in eine weitläufige Erörterung einzugehen, weil nur die verantwortlichen Minister dem Hause gegenüber in Angelegenheiten der Legislative Rede zu sprechen haben. Wenn der Berichterstatter darauf hinweist, daß eine frühere Beschlusse das Haus in die Lage gesetzt hätte, die Verantwortung dem Finanz-Ausschusse zuzuwenden, so müsse er erwidern, daß ja dieser Zweck vollständig erreicht wurde, indem der Ausschuss und die Section sich in eine weitläufige Erörterung der staatsrechtlichen Stellung des Staatsrathes eingelassen haben.

Vize-Präsident macht aufmerksam, daß der Antrag des Ausschusses nicht gedruckt sei, und stellt an das Haus die Frage, ob es heute in die Debatte eingehen geneigt sei.

Es sind 63 Stimmen dafür, 62 dagegen; Präsident erklärt, zur namentlichen Abstimmung schreiben zu müssen. Diese ergibt die Majorität für die sofortige Berathung.

Berichterstatter Schindler hält den Antrag den Vorschlägen des Staatsministers gegenüber aufrecht.

Derselbe wird abgelehnt. (Dafür ein Theil der Linken und der Polen.)

Es wird zum nächsten Gegenstande der Tagesordnung: „Grundentlastung“ geschritten.

An Laudemialschuld des Staates werden . . . 3,057,828 fl. bewilligt;

An Verzinsung der vom Staatschätze übernommenen Ueberlässe einiger Grundentlastungsfonde . . . 2,990,681 fl. an Capitalrückzahlungen . . . 1,091,912 fl.

Hierbei beantragt der Ausschuss: Die Regierung habe mit dem Landes-Berichtungen jener Königreiche und Länder, deren Grundentlastungsfonde der Staat seiner Zeit Ueberlässe entnommen hat, schon in der nächsten Session die erforderlichen Verfügungen zu treffen und vorbehaltlich der Zustimmung des Reichsrathes dieselben zum Abschluß zu bringen. (Wird angenommen.)

Titel 4. Unverzinsliche Vorschüsse des Staates an einzelne Grundentlastungsfonde (Galizien) beträgt . . . 3,626,339 fl. und wird diese Summe ohne Debatte bewilligt.

Gesamt werden: Titel 5. verzinsliche Vorschüsse (wieder ausschließend für Galizien und die Bukowina) zusammen mit 1,533,508 fl. beantragt und ohne Debatte bewilligt.

Der Ausschussantrag: die Regierung werde aufgefordert, alle jene Maßregeln und Vorkehrungen zu treffen, welche das richtige Rückfließen dieser Vorschüsse in den Staatschatz zu sichern geeignet sind, wird angenommen.

Die Bedeckung besteht aus dem Betrage von 144,234 fl. welchen der siebenbürgische Grundentlastungsfond dem Staat neuer an Zinsen zu entrichten hat und aus einem von dem Kaiserlichen Grundentlastungsfond ebenfalls noch zu leistenden Betrage von 4209 fl.

Baritiu (Siebenbürgen) wundert sich über die Höhe der Summen, welche das Land Siebenbürgen dem Staate schulden sollte. Als er und seine Kollegen sich nach Wien begaben, da waren sie über den Stand der Rechnungen noch so wenig unterrichtet, daß sie glaubten, das umgekehrte Verhältnis finde statt. Er wünsche, daß dem Landtage in dieser Richtung detaillirte Mittheilungen gemacht werden.

Finanzminister v. Plener: Die Grundentlastungsschuld Siebenbürgens betrage 35 Millionen. Der Staat müßte Vorschüsse gewähren. Werden genaue Nachweisungen gewünscht, so können diese dem siebenb. Landtage ohne Anstand geliefert werden.

Die vom Ausschusse beantragten Ziffern der Bedeckung werden genehmigt.

Weiter stellt der Ausschuss folgende Anträge:

1. „Die Regierung habe sich mit dem galizischen Landtage wegen Liquidirung, Anerkennung und Rückzahlung der den galizischen Grundentlastungsfonden bis nun aus dem Staatschätze geleisteten Vorschüsse auseinander zu setzen und in der nächsten Session des Reichsrathes die geeigneten Vorschläge zur Genehmigung vorzulegen.“

2. „Die Regierung habe die Rückzahlung des bei dem siebenbürgischen Grundentlastungsfond ausstehenden verzinslichen Vorschusses derzeit von 2,375,871 fl. 37 kr. ebenfalls in Aussicht zu nehmen und hierüber oder über der Rückzahlung etwa entgegenstehende Hindernisse in der nächsten Session Aufklärung zu ertheilen.“

Diese Anträge werden ohne Debatte angenommen.

Schluß der Sitzung 1 Uhr 40 Minuten.
Nächste Sitzung 27. November.

(Sitzung des Abgeordnetenhauses am 27. Nov.)

Auf der Ministerbank: Schmerling, Lasser, Plener, Burger, Hein, Sectionschef Kalsberg, Sectionsrath Schmidt (Haukelministerium), Ministerialrath Sobbi (Finanzministerium).

Den Vorsitz führt Vizepräsident v. Hopfen.

Nach Verlesung des Protocolls und Mittheilung der Einläufe ergreift Dr. Tascher das Wort, um einen Fehler, der sich in das Budget des Staatsrathes durch Zurechnung von Pensionen, welche schon in das Pensionat bewilligt wurden, eingeschlichen hat, zu berichtigen. Durch Abrechnung derselben stellt sich das Budget des Staatsrathes auf 172,747 fl. (Wird angenommen.)

Es wird sodann zur Tagesordnung, nämlich zur Fortsetzung der Generaldebatte über die Lemberg-Gyemowitzer Bahn geschritten.

Berichterstatter ist Dr. Mühlfeld.

Sectionschef v. Kalsberg erklärt Namens der Regierung, daß dieselbe sich durch das Vorgehen des Herrn Klein nicht veranlaßt sieht, ihre Vorlage zurückzuziehen, sondern vielmehr das Haus ersucht, in der Verhandlung fortzuführen.

Berichterstatter Dr. Mühlfeld: Er habe gegen diese Erklärung nichts einzuwenden, und ersuche den Präsidenten, die Generaldebatte zu eröffnen.

Eingeschrieben ist Abgeordneter Stene.

Stene: er ersuche den Berichterstatter, die Anträge des Ausschusses früher zu begründen.

Dr. Berger: Er müsse sich diesem Antrage um so mehr anschließen, als in dem Abdonalberichte des Ausschusses gesagt ist, daß die nähere Begründung der mündlichen Berichterstattung vorbehalten bleibe.

Berichterstatter Dr. Mühlfeld: Sämmtliche Anträge des Ausschusses seien Anträge auf Abänderungen einzelner Stellen des Gesetzentwurfes, weshalb er die Begründung jedes einzelnen Antrages der Specialdebatte vorbehalten.

Präsident: Er könne Niemand zum Sprechen zwingen, und müsse daher Herrn Stene bitten, sich zu erklären, ob er in der Generaldebatte sprechen wolle.

Stene: Er komme ihm sonderbar vor, daß dem Hause Anträge gestellt werden, ohne daß sie begründet werden. Er beantrage daher, das hohe Haus wolle beschließen, daß die Begründung der Ausschussanträge vor der Generaldebatte erfolge, oder durch den Druck mitgetheilt werde. (Wird abgelehnt.)

Es wird hierauf zur Fortsetzung der Generaldebatte geschritten.

Der Ausschuss hat beschlossen:

1) Daß in dem Gesetzentwurfe von Bezeichnung der Personen der Concessionäre Umgang genommen, und die Entscheidung der Frage nach denselben hiedurch der Staatsverwaltung überlassen werde, woran sich die Beschlüsse reihen, daß:

2) Der festzusetzende Betrag des jährlichen Reinertrages statt mit 1,600,000 fl. öst. W. in Silber, mit 1,500,000 fl.;

3) Die zum Zwecke der Ausmittlung der Amortisationsquote anzunehmende Capitalsumme statt mit 31,000,000 fl. öst. W. in Silber, mit 29,000,000 fl. bestimmt werde, daß:

4) Die Bemessung des Betrages des jährlichen Reinertrages nach dem Verhältnisse der Oester. Währ. in Silber zu einer ausländischen Gold- oder Silberwährung auch in solcher erfolgen dürfe;

5) Daß die zur Capitalamortisation zu verwendende Quote in dem Gesetzentwurfe ziffermäßig nicht bestimmt, sondern die Feststellung derselben der Staatsverwaltung nach einem von ihr zu genehmigenden Amortisationsplane, welchem zu Folge das Capital während der Dauer der Concession getilgt wird, zu überlassen sei, und

6) Daß die Staatsverwaltung auf eine entsprechende Sicherheitsleistung betreffs der Ausführung der concessionirten Unternehmung zu dringen habe.

(Zu Gemätheheit dieser Beschlüsse beantragt der Ausschuss die bezüglichen Änderungen in dem vorliegenden Gesetzentwurfe.)

Stene ergreift das Wort um gegen den Ausschussantrag zu sprechen. Er unterziehe die von dem Ausschusse beschlossenen Änderungen einer Kritik und suche nachzuweisen, daß das Oester. Klein billiger Bedingungen stelle, als der Ausschuss beantragt. (Klein 1,485,000 fl.; Ausschuss 1,500,000 fl. jährlich). Er begreife das Vorgehen des Ausschusses bei der finanziellen Lage des Reiches nicht, weshalb er eine Begründung der Ausschussanträge gewünscht hätte. Redner verweist in den Anträgen die Bestimmungen über Gefälls-Verhältnisse, welche mit der Belastung, die der Staat auf sich nimmt, im innigen Zusammenhang stehen. In dem vorliegenden Falle stellen sich die Mängel des Eisenbahngesetzes heraus, weil sonst ein derartiges Vorgehen überhaupt nicht möglich wäre.

Dr. Herbst vertheidigt die Ausschussanträge und weist nach, daß durch den Umstand, daß auf die halbjährige Compensation der Zinszahlungen nicht eingegangen wird, die Anträge des Ausschusses sich billiger herausstellen, als das Klein'sche Oester.

Dr. Berger: Durch die unpersonliche Concessionirung, wie sie beantragt werde, sei ein neues Princip in die Eisenbahngesetzgebung eingeschleudert worden. Er gestehe der Legislative zu, ein derartiges Gesetz zu votiren. Wenn man sich aber auf dieses Gebiet begibt, möge der Regierung freie Hand gelassen werden, auf Grund des Gesetzes die Concession zu ertheilen. Er behalte sich vor, einen bezüglichen Antrag in der Specialdebatte zu stellen.

Stene: Er bedaure, einen Irthum vertreten zu haben, die Schuld liege aber in dem Mangel jener Begründung der Ausschussanträge.

Finanzminister v. Plener: Er wolle den Standpunkt der Angelegenheit in finanzieller Rücksicht dem h. Hause klar stellen. Er erkläre ausdrücklich, daß ihm nach dem strengsten Interesse der Finanzen sehr selbstverständlich der billigste Preis, um den die Bahn zu Stande kommt, der Billigste und jeder Weg, der dahin führt, auch der wünschenswerteste erscheine. Er nehme ferner keinen Anstand zu erklären, daß ihm von dem Standpunkte der Finanzen aus eine Pauschalgarantie, eine Garantie, welche das wirklich verwendete Anlagecapital zur Basis hat, lieber gewesen wäre und wenn das Bauproject mit den Plänen und Ueberläsungen vorliege würde, denn als Finanzminister müßte er eine Rechnung mit sichern, verlässlichen Ziffern vor Allem hochschätzen. Aber er habe nicht verkannt, daß das Beharren auf Bevollständigung des Bauprojectes die sehr dringende Zeit zur Zustandebringung der ganzen Bahn verlieren machen würde. Daß aber eine Verschiebung des Zustandebringens einer Bahn für die Bukowina, Galizien und das ganze Reich von großem Nachtheile wäre, liege an Tage und diese Rücksicht sei für ihn so wesentlich, daß er derselben die Rücksicht des streng fiscalischen Standpunktes schon untergeordnet habe. Er kenne Galizien und die Bukowina aus einem längeren Aufenthalte und einer längeren Dienstzeit in diesen Ländern und habe sich überzeugt, daß in der That die Armuth in diesen Ländern die Nichtentwicklung besserer volkswirtschaftlicher Zustände größtentheils dem Mangel an Communication zuzuschreiben sei. Es sei wahr, daß ein Uebermaß von Naturproducten vorhanden sei, sie können aber nicht verwerthet werden und es treffe das Sprichwort ein: „Nicht von Brod allein lebt der Mensch.“ Mitten im größten Reichthum von Frucht verarme das Volk, es vermag sich wegen Unmöglichkeit des Abjages der anderweitigen Bedürfnisse nicht zu vertheidigen. Das Land werde insoweit zurückbleiben, als es seinen natürlichen Reichthum nicht gehörig verwerthen könne. Er sage zunächst die Forstprodukte ins Auge. Die Bukowina sei sehr reich an Waldungen, welche größtentheils Comerals- oder Föhndorfer sind, und wo man zufrieden war, wenn man die Kubiklast Holz im Walde um 30—40 kr. CM. anzubringen vermochte. Das Holz sei unanbringlich, weil der Mangel an einer großen Communicationslinie bestehe, um das Holz an den Ort seines Bedarfs zu bringen. Nebenliche Zustände befänden in Beziehung auf Naturproducte. Die segensreichsten Folgen der Eisenbahn für Land und Reich werden nicht ausbleiben und er wolle nur noch hervorheben, daß, je früher man das Zustandekommen derselben herbeiführe, desto pflanzgemäßer handle man im Interesse des Landes, wogegen jede Verzögerung von unberechenbarem Nachtheile sei. Aber auch speziell finanziell: Rücksichten machen das Zustandekommen der Bahn wünschenswert.

Die Steuerlast Galiziens und der Bukowina sei vielleicht absolut genommen, keine besonders hohe. Aber sie sei relativ sehr drückend und man müsse vorsorgen, daß sie leichter getragen werden könne, was nur möglich

Inserate aller Art werden in der **Steinhausen'schen** Buchhandlung angenommen, für Deutschland besorgt dieselben Haasenstein & Vogler in Hamburg - Altona und Frankfurt a. M., und Annoncen-Bureau v. Illgen & Fort in Leipzig.

Das einmalige Einrücken einer einspaltigen Garmondzeile kostet 7 kr., das 2. Mal 6 kr., das 3. Mal 5 kr. 6. W. Regel der Stempelgebühr à 30 kr. Eigenthümer u. Verleger:

Th. Steinhausen.

ebenbert, neben Csurs
Vile mille soss 2, ne
Drumri hotaru din

sziles la neroja halmu
illigt und es seien zur
ne auf den 16. De-
ämmer 1864, jedes-
rdet angeordnet worden.
auslastige mit dem Be-
ur Anbietung ein 10%
e erlegen, und daß der
pfindweise verscherten
ng reiche, nach Anweisung
und zugleich demselben
etoll, dann die Richt-
emgelesen und Abschei-
nen, und daß über die
plangen aus dem öffentl.
t werde.
yone, welche, ungeachtet
gung von dieser Zeit,
die Eintragung in die
an Hypothekrechte auf
en glauben, aufgefördert,
Gutes so gewiß bei Ge-
ne es sich selbst zugun-
die Kaufschillinge-Ver-
orgenommen und sie da-
hiedurch erschöpft wer-

1863.
und Straßengericht.

ation.

(2-3)

t.
cht- und Straß-Magi-
Herrn Joseph Human
3. 3573, um Amor-
tisationsstellen in Sie-
n, von der Hermann-
auf Ansuchen des Prä-
sidenten auf 200 fl. ö. W.
dingigen Umstände aufge-
fümmen Jahre so ge-
sonst die Urkunde für
ng verweisen gegen den
werden würde.

November 1863.

Straß-Magistrat.

nigliche

andlung

in Wien.

der Spiegelgasse

er anerkannt vor-
importirten

nen-Thee zu fl. 2,
S u. s. w. per Wie-
reliebte mit anderen
Sorten nicht zu ver-

Wiener Pfund, sich
durch keine reale
auslandes überbiehen
zu geneigten zahl-

ngen werden gegen
rt, und genügt die
sprechend bestmög-

3-3

Annoucen

gratis.

lg.

bedrte die wöchentlich
mbalt das neueste
Depeschen u. s. w.
sonst. österr. Zeitung
3 fl. der Post-
mentgebühren ange-
Raum von 10 Zeilen
melgebühren zu ent-

nung, Wollzeile 18.

ist, wenn man dem Lande Verkehrsmittel schafft. Es komme noch das Verhältniß der Carl-Ludwig-Bahn zu erwägen, welche durch den Anschluß an die Lemberg-Gzernowitzer-Bahn in einen weit rentableren Zustand gebracht wird. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen sehe bevor, daß an den Staat die Erfüllung und Realisirung der Garantie in nicht ferner Zukunft und zwar mit einer bedeutenden Tangente herantreten könne. Mit der Bewilligung der Garantie für die Lemberg-Gzernowitzer-Bahn unter den vorgelegenen Propositionen werde dem Aetiar ein geringeres Opfer zugemutet, als wenn man den gegenwärtigen Zustand der Carl-Ludwig-Bahn ohne eine an sie anschließende Lemberg-Gzernowitzerbahn fortbestehen lasse. Die Garantielast für die letzte sei jedenfalls minder so groß, als jene Last, die aus der Carl-Ludwig-Bahn dem Staate erwächst. Im Laufe der Debatte sei diese Eisenbahn eine Sackgasse genannt worden. Aus dieser Lage werde aber die Carl-Ludwig-Bahn herausgeführt werden, weil sie ihre natürliche Fortsetzung in der Lemberg-Gzernowitzer finden wird, aber auch die weite Sackgasse sein, denn es sei bereits festgestellt, daß der Anschluß an die weiten Bahnen in den Fürstenthümern stattfinden könne. Er müßte auf die Zeit und auf die Gewissheit aufmerksam machen, daß man die Communicationslinie Dössa-Warschau nicht eher entstehen lassen sollte und man sei verpflichtet, dahin zu streben, den Zug der Weltbahn auf österreichischem Boden erhalten. (Bravo!) Aus diesen Rücksichten wolle er empfehlen über die Lemberg-Gzernowitzer Bahn solche Beschlüsse zu fassen, welche das baldige Inslebenreten derselben ermöglichen. (Bravo!)

(Schluß folgt.)

Festgedicht

zur Einweihung der Turnhalle auf dem Schäßburger Schulberge.

Wir grüßen hier zur festlich heitern Stunde Ein neues Haus in alter Mauern Kunde; Klingt fragen uns die Trümmer alter Zeiten: „Was hat der neue Fremdling zu bedeuten?“

Auch stand auf diesem Grund mit Nahe und Scharte Unblöthigen Haupt's ein Thurm auf seiner Warte; „Was wolle ihr?“ frug auch er und mühte fallen; Doch solche Worte sprach er zu uns Allen:

„Die einst an dieser Stelle mich erbauten, O, daß sie euch in diesen Tagen schauten! — Wo nach den Feinden spähten eure Ahnen, Da wolle ihr lustig sein mit Spiel und Fahnen?“

„Wo ich des Kampfes Eisen hörte knarren, Da wolle ihr springen heut mit Reck und Barren? Und wo sie warfen ihre schweren Lanzen, Da wolle ihr heute wie die Kinder tanzen?“

„Wo jene sanken pfeilgetroffen nieder, Wollte ihr geschmeidig winden eure Glieder? Und sollen hier nun Knabenlieder tönen, Hier, wo ich hörte Siegesgeheul erdröhnen?“

„Klimat deshalb ihr an Keitern und an Stricken, Damit ein Zug nach oben euch mag glücken? Es ring die Wäler in der Zeiten Strauen Zum Himmel auf ein heilig Gottvertrauen.“

„Sich' Klettern, sich' gefürstetes Tunniren Mit krummen Beinen, wie ihr's mögt vollführen, Das können auch die Spinnen, die da sitzen Seit Jahren schon in meinen Mauernigen.“

„O neu Geschlecht, mit Zünren und mit Trauern Sch' ich dich an — einst gleichst du meinen Mauern, Auf denen Gräber stehn und kahle Ranken, Weil du gewollt, daß sie in Trümmer sanken.“

„So sprach der Thurm, da ward er abgetragen; Der neue Bau nun soll ihm Antwort sagen; So spricht das Haus, vom grünen Kranz umwunden: „Gegrauter Thurm, der du hinweggeschwunden.“

„Der Wäler Geist, den du heraufbeschworen, Nicht hat er hier durch mich sein Recht verloren; Fortleben soll, was an ihm stark und tüchtig, Doch sterben auch, worin er schwach und nichtig.“

„St' ging er schwer einher im plumpen Eisen Und trauchelte verzagt in neuen Gleisen; Auch mocht' er selbst im Frieden gerne lauern In dunkeln Winkeln seiner hohen Mauern.“

„Still ging die Welt um ihn in engen Kreisen; Verroßtet war sein Herz oft, wie sein Eisen, Und sollt' ihm heut' uns zu beherrschen glücken, Er würde, wie ein schwerer Alp uns drücken.“

„Drum weit die Fenster, groß und hell die Hallen, Hier auf dem Grunde dessen, der zerfallen! Ein neuer Geist mag seine Flügel schlagen, Hier, wo Gebein und Todtenschnäbel lagen!“

„Reich ward das Leben, weit die Welt und helle; Weh! liegt du bleich an des Hauses Schwelle; Frisch müßt du wandern in die weiten Fernen, Das Alte bestern und das Neue lernen.“

„Da muß ein munter Blut dich vorwärts tragen, In leichtem Tact durch alle Aderu schlagen, Drum soll in diesem Raum mit freiem Walten Der heitre Sinn den Flügelschlag entfalten.“

„Der muntere Knabe mag hier klettern, springen, Der Jüngling seines Leibes Glieder schwingen, Damit es frisch himan ihn treibt in's Leben, Wenn Andre lahm an ihrer Krücke liegen.“

„Denn in des Leibes kraftgewandtem Ringen Erwachen auch der Seele neue Schwingen; Sehender, freier regt sie sich im Schaffen, Kann auch der Leid zur Freiheit auf sich raffen.“

„Drum merkt euch, die ihr wähet zu erklettern, Des Geistes Höhen nur in der Bücher Lettern, Ihr werdet draus kein Heil für euch erwerben, Geht euch des Leibes Kraft dadurch in Scherben.“

„Ihr müßt den Leib auch in die Schule treiben, Soll er dem Geist der wil'ge Knappe bleiben; Vermögt ihr's nicht, zur Kraft ihn anzuspinnen, So wird dem Geist sein Lechtsthum zum Tyrannen.“

„Und die ihr wähet, daß wir zum Spiel verwandeln Der Wäler Kämpfen und ihr männlich Handeln, Wißt, daß uns heilig sind der Wäler Waffen, Wir wollen ihnen rüh'ge Arme schaffen.“

„Es mag des Volkes Kraft sich neu verzünngen, Sehnendes Mark den alten Stamm durchdringen, Dann wird nicht wie am Baum, dem schwachen, kranken, Bei jedem Anstich auch die Krone wanken.“

„Denn auch an uns wohl kann die Stunde treten, Wo uns nicht blüht das Dulden und das Beten Und wo das Banner wir entfalten, Dann wird das Spiel zum Ernste sich gestalten.“ — „So, alter Thurm, steh' ich auf deinem Grunde; Man baute wohl in dieser Mauern Kunde Uns beide für ein Volk und seine Kinder, Zum Schutze Dich, zum Schutze mich nicht minder.“

Oesterreich.

Martinssowj, 22. November. Heute hatten wir einen frohen, einen feierlichen Festtag, wie er nicht nur in den Annalen eines Dorfes, sondern auch in den Annalen einer ganzen Landeskirche höchst selten aufgezichnet erschein. Unser bereits im Jahre 1861 begonnene Kirchbau stand bereits seit Monaten für und fertig da, und erhielt heute seine feierliche Einweihung. Derselbe ist bis auf das Gewölbe, das ihm fehlt, in gotischem Style erbaut und verbrankt sein Entstellen außer der Opferwilligkeit unserer Mitbürger, die zur Tilgung einer Hauptschuld sich verpflichtet haben, sechs Jahre hindurch ein Zwanzigstel ihrer jährlichen Fehung abzuliefern, insbesondere der werththätigen Liebe der Gustav-Adolph-Stiftung des deutschen Mutterlandes, woher über 1100 fl. österr. Währ. uns freundlichst mitgetheilt wurden.

Zu unserer erhabenen Feste nun waren aus Nahe und Ferne viele werthe und hochachtbare Gäste erschienen, die mit sichtbarer Theilnahme unsere Freude theilten und dieselbe durch ihre Gegenwart verhehlten. Wir nennen neben vielen Andern Sr. Hochwürden unsern hochverehrten Herrn Superintendenten, mehrere Vertreter des löbl. Bezirksconsistoriums, unsern hochverehrten Capitels, unsern verehrlichen Gustav-Adolph-Vereinsvorstandes, unsern löbl. Comitats-Officiums, des Mediascher Gymnasiums und unsern lieben Freund und Landsmann Dr. Martin Schenker aus Wien, den die weite Ferne nicht abgehalten hatte, diese seltene Freude seines Heimathortes mit seinen ihm lieben Landesleuten zu theilen.

Bereits Tags vorher zogen die meisten unserer verehrten Gäste in unsern gastlichen Mauern ein, an der Spitze unser hochverdienter Superintendent mit seiner lebenswürdigen Frau Gemahlin. Es würde wohl zu weit führen, wollten wir all das viele Schöne und Erhebende ausführlich schildern, was wir in dieser Zeit gehört und erlebt; es sei mir bloß gestattet, das Wichtigste in wenigen Zügen zu erwähnen. Nachdem bald nach 10 Uhr mit allen Gloden der Anfang der schönen Feier verhandelt und zu derselben eingeladen worden, versammelten sich alle fremde Theilnehmer an derselben in unserer zwar sehr bescheidenen aber freundlichen Pfarrwohnung und diese ganze Gemeinde vor derselben.

Nach in dem Absingen des schönen Liedes „Nun danket alle Gott“ bewegte sich der impotante Zug vor die Kirche, wo der wackerer Ortsvorstand Johann Müller mit wenigen sehr passenden Worten dem Herrn Superintendenten den Kirchen Schlüssel übergab, damit Wohlweller die neue Kirche aufschließen.

In der Kirche, unter den Klängen einer gelungenen Kirchenmusik angekommen, stellten sich Sr. Hochwürden der Superintendent, der Capitelsobchont und unser Ortspfarrer sogleich vor den Altar und nachdem das Haus voll war, sprach Sr. Hochwürden in lauter verständlicher Sprache ein schönes, erhebendes Weisgebet. Es kam aus sichtbar bewegtem Herzen und ging zu Herzen. Das waren Worte, wie wir sie noch nie gehört und sie werden vielleicht bei allen, die sie hörten, das unvergängliche Denkmal dieser Feiert bleiben: „O Herr Gott Dich loben wir!“ und nach Abingung der zwei ersten Verse betrat unser Herr Pfarrer die Kanzel und hielt die sehr gelungene Festrede über das Thema: „Wie wir auf eine rechte Weise Gott den Herrn für das neue Gotteshaus loben und preisen können.“

Nach Abingung auch der andern Verse nach gedigneter Predigt, bestieg der Herr Capitelsobchont die Stufen des Altars und sprach von Liebe gebrungen in bereiten Worten noch seinen herzlichsten Wunsch aus, es möchten die Gläubigen dieser Gemeinde nicht nur das neue Gotteshaus, das Menschenhände gemacht, geweiht werden lassen, sondern sie möchten auch den eigenen Tempel, den Gott gemacht, selber weihen. Mit dem apostolischen Segen schloß Wohlweller den eigentlichen Weisgebet. Nun aber trat ein höchst erhebender, rührender fest aller Augen mit Thränen der Freude und Dankbarkeit erfüllender Moment ein.

Dr. Martin Schenker, ein Kind dieser Gemeinde, ein wahrer Liebling aller, die darin wohnen, trat vor die Gemeinde und sprach mit bewegten Worten, wie er aus weiter Ferne gekommen, um diesen schönen Tag seines lieben Heimathortes mitzufeiern, getrieben zwar von seinem eignen Herzen, doch erschein er auch als Vertreter der Gustav-Adolph-Stiftung des deutschen Mutterlandes, von deren einigen Vereinen er nicht nur herzliche Grüße, sondern auch neue Gaben mitbringe.

Er las sodann die freundlichen Gruß- und Liebesworte des Frankfurter und des Obdenburger Hauptvereines an die Gemeinde vor und übergab die schönen Gaben selbst dem Präses unsers Presbyteriums. Derselben bestanden in etwas mehr als 300 Gulden von den 2 genannten Vereinen, in einer schönen seidenen gestickten Altardecke, der Spende liebevoller Frauen des lieben Frauenvereins und in einem schönen silbernen Kelche, einer Gabe des Obdenburger Frauenvereins. Mit welchen Dankgefühlen auch diese Beweise christlicher Liebe und der Segensstiftung der großartigen Gustav-Adolph-Stiftung von unsern Gemeindegliedern aufgenommen wurde, läßt sich und will ich nicht mit Worten ausdrücken. Doch hatte hiemit das Geben noch nicht das Ende erreicht.

Schenker las zwei Stiftungsurkunden vor, welche zum ewigen Gedächtniß dieses Tages in unserer Gemeinde mehrere Mitglieder derselben aufgesetzt hatten. Die erste, von dem würdigen Richterpaaire unserer Gemeinde Johann und Katharina Müller unterfertigte, enthielt eine Widmung von 500 fl. österr. Währ. mit der Bestimmung, daß die Summe so lange capitalisirt werden solle, bis dieselbe so groß sei, daß die Interessen 600 fl. österr. Währ. betragen, damit von denselben sodann zwei Schulkinder besoldet werden könnten. Die zweite, von den Brüdern und dem Schwager desselben aufgestellte, wümete 200 fl. österr. Währ. mit der Bestimmung, daß die Interessen derselben Erhaltung der neuen Kirche verwendet werden sollte. Diese Gaben überrasteten noch mehr als die ersten und erfüllten heimische und Fremde mit gleicher Freude, denn sie sind ein deutlicher Beweis von der Opferwilligkeit und dem regen Sinn für Kirche und Schule, die noch immer unser Volk beselen. Wo aber diese sind, da ist noch Lebenskraft! Nachdem nach dieser Unterbrechung des Gottesdienstes vor der Gemeindeverrettung noch das Abendmahl empfangen worden, endigte die schöne und erhebende Feiert.

Daß es bei derlei Feiern auch an den Freunden einer wohlbestehenden Tafel nicht fehle, versteht sich von selbst. Sie fehlten auch hier nicht! Und die vielen feierlichen und erhebenden Worte, die sowohl in der Kirche als auch hier gesprochen wurden, werden uns noch lange in segensreichen Andenken bleiben. Es war ein schöner Tag, einer der schönsten in dem Leben unserer Gemeinde!

Wien, 26. November. (Hof- und Personalschriften.) Die Frau Großfürstin Alexandra ist wieder völlig von ihrem Unwohlsein hergestellt und pattete heute Vormittags Ihrer Majestät der Kaiserin einen Besuch ab.

(Parlamentarisches.) Am 26. November hat der Finanzanschluß die Verathung des Armeebudgets begonnen. Es waren die Minister: Graf Rechberg, v. Schmerling, v. Wlener und selbstverständlich der Kriegsminister Graf Degenfeld mit einigen höheren Militärs des Kriegsdepartements erschienen. Der Kriegsminister ersuchte zunächst die Versammlung, auf den Sectionsbericht, den jedes Mitglied bringe, eine Generalantwort derselben

lassen zu können, was auch von den anwesenden Militärs geschah. Diese Vorlesung nahm längere Zeit in Anspruch. Sodann ging man zur Verlesung und Prüfung des Berichtes über, von welchem 17 Seiten gelesen und mit der einzigen Veränderung angenommen wurden, daß Abänderungen in den Bezügen der niederen Chargen „gegen“ die Intentionen des Abgeordnetenhauses vorgenommen wurden, indem geltend gemacht wurde, daß das Haus keine bestimmten Maße in dieser Richtung ausgesprochen habe. Neben Differenzen wurde noch nicht abgehandelt. (S. S.)

(Parlamentarisches.) Der Kuratien-Ausschuß hat in seinen Sitzungen von gestern und vorgestern die dritte Lesung des Gesetzentwurfes fortgesetzt und beendet. Die dritte Lesung brachte nebst ständischen Modifikationen eine wesentliche Abänderung im Punkte der Steuerbefreiungen. Es wurden nämlich aus dem Begriffe: „Höher Bedienstete“ die Lehrer, Gelehrer und Erzieherinnen (die Classe der Hofmeister und Gouvernanten) ausgeschlossen, für welche nach dem früheren Entwurfe ebenfalls eine Steuer von je 10 fl. zu entrichten war. Man hat sich nämlich der Ueberzeugung nicht verschlossen, daß diese Personen in keine Verabsteuerung einbezogen werden können, indem sie ein Bedürfniß für Unterricht und Erziehung darstellen. Der Bericht des Ausschusses wird in den nächsten Tagen zur Vertheilung kommen.

Die „Wiener Abendpost“ schreibt: Die „France“ war nicht nur informiert, als sie die Behauptung aufstellte, Oesterreich habe seinen Entschluß in Betreff der Congreßfrage noch nicht kundgegeben. Die Antwort des k. Cabinets auf die Einladung zum Congreß ist bereits am 17. Nov. abgegangen.

Wien, 26. November. Der „Berliner Correspondent.“ Der „S. G.“ theilt als eine ganz positive Nachricht mit, die preussische Regierung sei der Ansicht, es werde nicht zu bestreiten sein, daß das Großherzogthum Kurland ein Theil dieses Landes sei nicht durch Erbfall oder durch Wahl, sondern in Folge von völkerrechtlich garantierten Staatsverträgen (Kaiser Friede vom 14. Jänner 1814, Friede zwischen Dänemark und Preußen vom 5. August 1814; Vertrag vom 19. März 1815 zwischen Dänemark, Preußen und Hannover) und als Tausch für Norwegen, das an Schweden, für Schwedisch-Pommern und die Insel Rügen, welche Länder an Preußen abgetreten wurden, an die „Krone Dänemark“ von Hannover, das dafür von Preußen Ostpreußen und einen Theil des Sächsischen erhielt, en toute propriété et souveraineté“ cedirt worden.

Jnnsb ruck, 26. November. Der Gemeinderath von Jnnsb ruck beschloß gestern über Antrag des Vice-Bürgermeisters Martin Meyer eine Dank- und Zustimmungadresse an Dr. Rechbauer und Genossen wegen ihres Vorgehens in der schleswig-holsteinische Sache. (Presse.)

Aus Lemberg, 22. November, wird der „S. G.“ geschrieben: Die Reden, welche der Herr Staats- und Polizeiminister in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 17. d. M. als Entgegnung auf die Vorwürfe der Deputirten Dr. Dietl und Dr. v. Zyblikiewicz hielten, haben nicht verfehlt, hierländisches Aufsehen zu erregen, und eine, je nach dem Parteistandpunkte verschiedene Beurtheilung hervorzurufen. Am ungeduldigsten benimmt sich die „Gazetta narodowa“ vom 19. d. M., welche in ihrem Leitartikel sich in argen Recriminationen gegen die Aeußerungen der beiden Minister ergeht. Wäre sie noch so ehrlich, wirklich das zu bekämpfen, was die Minister sagten, so wäre dies doch fair play. So aber verümmelt sie die Auslassungen der Minister, und zieht aus falschen Prämissen falsche Schlüsse.

So erwähnt sie: „es sei beispiellos in der Geschichte, daß eine Regierung offen erkläre: die Bevölkerung eines gewissen Landes beabsichtige die Regierung zu stürzen, und das Land von der Gesamtheit loszureißen.“ Dies bezüglich Galiziens zu behaupten, ist keinem Menschen und auch den beiden Ministern niemals eingefallen, Minister Schmerling machte von Urkunden Erwähnung, welche auf das Klarste darthun, wohin denn eigentlich die Absichten einer gewissen Partei in Galizien gerichtet sind. Er erwähnt gleich darauf, er wolle gerne zugeben, daß der überwiegend größte Theil in Galizien dem Treiben dieser Partei abhold ist. Der Polizeiminister aber hat in seiner Rede ausdrücklich von der ungeheuren Ansammlung von Fremden, von dem massenhaften Zustehen ausländischer und bedenklicher Ausländer aus aller Herren Länder gesprochen, und hierdurch eine nähere Hinweisung geliefert auf die Elemente, aus welchen die gewisse Partei in Galizien wenigstens zum Theile bestehe. Wer aus diesen Worten heronstehende wollte, die Minister hätten die Bevölkerung von Galizien der Losreisungsgelüste beschuldigt, der muß entweder eine große Dosis Einfundungsgabe besitzen, oder der deutschen Sprache nur in sehr geringem Maße mächtig sein, was wir von dem Herrn der „Gazetta narodowa“ zu behaupten uns nicht getrauen würden.

Sie werden sich erinnern des Jetergeheires, welches von vielen Blättern gegen die russische Regierung erhoben wurde, welche durch falsche — so sagt nämlich die „Gazetta narodowa“, und sie muß es ja wissen — Royalitätsadressen darthun wollte, daß nur ein geringer Theil der Bevölkerung in Polen revoltire.

Hätte die österreichische Regierung Aehnliches gethan, so würde sie gewiß der gleiche Bannstrahl dieser Blätter getroffen haben. Nun thut sie das Gegentheil. Sie hält dem Hause der Abgeordneten, und hiemit auch dem ganzen gebildeten Europa ein klares Bild der Zustände in Galizien vor, sie erklärt mit einer, wie gewiß jeder ruhig Denkende zugeben wird, lobenswerthen Offenheit, daß etwas faul ist im Staate — Galizien, sie belegt ihre Aeußerungen mit der Hinweisung auf vorgekommene Facta und Documente, die sie belege. Aber diese offene, ungeschminkte Sprache ist der „Gazetta narodowa“ auch nicht genehm, und eine russische Färbung der Zustände wäre ihr lieber gewesen, natürlich weil sie gerade in dieser Beziehung ihren Anschauungen besser getaugt hätte.

Werkwürdig ist die Fülle des Wissens, welches die „Gazetta narodowa“ an den Tag legt. Sie weiß genau, daß Galizien sich nicht von Oesterreich losreißen wollte, sie weiß genau, wozu jeder Kreuzer, der in Galizien von der revolutionären Regierung eingehobenen Steuern verwendet, genau, wozu jeder der Angeworbenen bestimmt wurde. Wir beneiden sie nicht um dieses Wissen, und wünschen nur, sie wäre im Stande, für ihre Behauptungen Beweise beizubringen. Eine Bemerkung wollen wir der „Gazetta narodowa“ nicht bestreiten. Sie sagt nämlich, die Nationalregierung habe sich beschloßen, daß die Bewohner Galiziens, indem sie den Aufstand unterstützen, selbst den Schein vermeiden, als ob ihre Thätigkeit gegen Oesterreich gerichtet wäre.

Das ist wahr, den Schein, als ob die Thätigkeit gegen Oesterreich gerichtet wäre, sucht man zu vermeiden, obwohl es schwer gehalten dürfte, zu beweisen, daß nicht die That selbst gegen Oesterreich gerichtet sei.

Mit dem nachfolgenden Argument aber glaubt die „Gazetta narodowa“ die Behauptungen der Minister vollständig in den Grund zu bohren. Wenn Oesterreich, sagt das genannte Blatt, die im Jahre 1860 mit Rußland geschlossene Convention annullirt, und den Bewohnern gestattet hätte, ihre gegen Rußland kämpfenden Landesleute zu unterstützen, so würden diejenigen, welche diese Unterstützung leiten, keine revolutionäre Regierung bilden. Wir wollen davon absehen, daß eine Convention nicht so leicht einseitig annullirt werden kann, als die „Gazetta narodowa“ es zu glauben scheint. Aber zugegeben, daß diese Convention niemals existirt hätte, was ändert dies in dem Vorgehen der revolutionären Regierung, oder jener Mächte, welche neben der legislativen Regierung in Oesterreich sich eine Gewalt anmaßt, die ihr nicht gebührt, und die sie zum Schrecken und zum Nachtheile der österreichischen Bewohner anwendet. Wären die Galizianer freiwillig ausgezogen, ihren Stammesgenossen in Polen zu helfen, hätten alle freiwillig Steuern zur Förderung des Aufstandes gezahlt, so hätte die Behauptung der „Gazetta narodowa“ vielleicht einigen Sinn. So ist es aber constant, daß die Werbungen, die Steuer-

erhebungen nur der gefählichsten solche Vergewalt berechtigt, fonde Welche Vorwürfe sinnungsgeheime harte? Wie of Gaudreches und Organen der Art schamgalt, reichlichen Gele wenn man Or Wohnung, Klet der Uische He sie gutwillig n treibt, wenn ma schen Geheian solche Thaten, zetta narodowa, um des gelind Conventien mit änderreichen A Aufforderung a unterdrückt? C hat nur noch n sich im Innern tigten Gründen Geltung zu ver — „Nar welche für die z und Italiener e den Hand des — „Ser Mitrowitz, w betanulich den bracht hat, in d in Mitrowitz fr ner bleibend nie

Münde es unzweifelhaft Holstein thue. consequent bleib ercreibt werden hoffen und vert nöglich ist, um

Münde sichen Reform-W schung in den geührt durch de schuß des deut d und zu geben: Der Hnt Schwierigkeiten freigt. Die g ten fordern in festlichen Pläht

Das geie ter die sojortige wig-Holstein, e Die geat ebenwollen und und diese Sach sen und wieber in dem Herzen hochheiligen Se deutschen Fürte best sein für e schluß des würd Der Aus reichen, diese V Gestimmunggeu derselben anzuz v. Kerchenfel

Frankf morgen statfin Geandten Dist tions-Ausschuß treffenden Geia über dieselbe u berichten haben) Herzogs Friede

Des e trag Welchs ter gung über die Voraussetzung, e Rechte Holsteis Volk und seine zu unterstützen, ihig werden soll

Hanno Deputation der schleswig-holstei werde ferner in Ausschluß werde Eruug einstimmig Holstein einzut Hamu Administrator d Altonaer Magi fast alle dortige Regierung zu e id. G a m b u schaft zahlreich hat einstimmig lung gutgebehe die Eingabe na Dem Ber sen. Er ist do geboten sein. — Gerzo befindet, organ loburg-gotisch Minister ernat Wulscums in M mer in Berlin,

Militär geschick. Diese... 17 Seiten... Abänderungen... Abgeordnete... gemacht wurde...

erhebungen nur im Wege des Zwanges unter Anwendung von Gewalt und der gefährlichsten Drohung... Welche Vorwürfe... Nationalregierung... Verbrechen... Verbrechen... Verbrechen...

wahrscheinlich um eine Stelle in der neuen Regierung zu übernehmen. Man wird bemerkt haben, daß Herzog Friedrich in seiner Antwort an den Ausschuss des National-Vereins die Hoffnung ausspricht, Schleswig-Holstein bald zu besitzen...

London, 25. November. Daily News bestätigen die Ablehnung der Einladung Napoleons zum Congresse seitens Englands und den Austritt Lord Russells aus dem auswärtigen Amte...

Paris, 23. November. Bereits bereitet man in den Tuilleries eine Antwort auf die Einwendungen vor, welche der kaiserliche Congreßvorsitzende bei den verschiedenen Staaten gefunden hat...

Der Seeheld vertheidigt, die „polnische Marine“ werde die Rechte der Neutralen schonen, allein vom 1. Jänner 1864 an den Seefrieg gegen England eröffnen; er erklärt alle russischen Schiffe für „gute Preise“...

Paris, 24. November. Die preussische Antwort auf den Congreßvorschlag soll ihres Ueberaus hervorzuheben... man bringt die Vereinfachung des Berliner Cabinets, aus grünen Tüchern zu erscheinen...

Englands Haltung in der Congreßfrage ist nicht ganz frei von Zweideutigkeit; bei den Tuilleries äußert es sich darüber mit unbedingtem Beifall, und spricht nur von Voraussetzungen, deren Realisirung, wie es glaube, nichts im Wege stehen werde...

Bern, 25. November. Der Bundesrath hat dem Kaiser Napoleon geantwortet, er sei bereit, am Congresse Theil zu nehmen. Eine Note an die schweizerische Regierung enthält gleichzeitig Vorbehalte in Betreff der Beschlüsse, die der Bundesrath am Congresse zu stellen hätte...

Kopenhagen, 26. November. Graf Reventlow's Ernennung hat heute Audienz beim Könige. „Berlingske Tidende“ meldet officiell: Der Hamburger Senat hat erklärt, es sei kein Verbeibureau in Hamburg errichtet worden, und werde nicht gebildet werden...

Stockholm, 24. November. Graf Manderström hat heute im Reichstage erklärt, der König habe schon am 15. November die Antwort an Kaiser Napoleon abgesendet, daß er persönlich zum Congresse kommen wolle...

Aus Turin wird der „S. C.“ geschrieben: Was die Sendung des Marschese Popoli nach Paris betrifft, so hatte dieselbe mit dem Congresse eigentlich wenig zu schaffen, denn der Congreß ist für die Cabinets-Verhandlungen von Paris ein überwindlicher Standpunkt...

Aus Rom schreibt man der „S. C.“: Es heißt, daß der Congreß dings dem Congresse angenommen und zwar rückhaltlos. Dieser Entschluß des Papstes mag im ersten Augenblicke höchlich überraschen, im Grunde aber war es das klügste Auskunftsmitel...

genügen, als mäßige und verböhnende Potenz den Verhandlungen beizuwohnen. Dieser dagegen der Congreß zum Frieden, dann ist umsonst Hoffnung, daß das Papstthum beiseite werde aus dem ungewissen Zustande, in welchem es sich befindet...

Bukarest, 24. November. In der letzten Kammer Sitzung erbat die Deputirte Societe den Commissionsbericht über den Gesetzesvorschlag betreffend Einhebung und Veranlagung der Steuern im letzten Quartal 1863...

Paris, 20. November. Die Fürstin Helene, Gemalin des Fürsten Genua, wird am 23. November Paris wieder verlassen und nach Bukarest zurückkehren. Somit erweisen sich die diversen Gerüchte, welche hier und in Constantinopel über eine erfolgte oder noch zu erfolgende Heiratung des fürstlichen Paares...

Nachdem am vergangenen Montag sich die Kammer constituirt, das Ministerium sein Programm vorgelesen und der Finanzminister ein Gesuch, die Steuern für das letzte Quartal 1863 erheben zu dürfen, eingebracht hat, ist in der gesetzgebenden Versammlung Nichts von Wichtigkeit verhandelt worden...

Der Protest der Türkei gegen die Abtretung der jordanischen Inseln und gegen die Uebergabe der Festung Korfu an Griechenland ist von England mit einer gewissen Schärfe zurückgewiesen worden. Der Hauptpunkt, worauf der türkische Protest sich stütze, war, daß im Falle eines Ausstandes in Montenegro die hohe Pforte sich nicht mehr sicher fühle...

Eine Kundmachung des britischen Gesandten in Peking verbietet den britischen Unterthanen den Handel mit Waffen und Kriegsbedarf außer für die kais. chinesische Regierung. Es circulirt das Gerücht von Abschluß eines Allianzvertrages zwischen der chinesischen und britischen Regierung. Sufshan ist vom Major Gordon und den kais. chinesischen Truppen angegriffen...

New York, 11. November. Staatssecretär Seward verweigert gegenwärtig die Erlaubnis, Werbungen für Quarz vorzunehmen; diejenigen, welche sich dabei betheiligen, würden verfolgt werden.

Wien, 28. November. Finanzanschluß: Kriegsbudgetberathung. Die Gesamtsumme des beschlossenen Abtrichs beträgt beim Ordinarium 2.200.000 fl., beim Extraordinarium 2.120.000 fl. — Die Verabreichung der Bedeutung aus eigenen Einnahmen wird begonnen...

Berlin, 27. November. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde von Waldeck und 36 Genossen folgendes Amendement zum Antrage Bismarcks eingebracht: „Das Abgeordnetenhaus bekräftigt sich auf die Erklärung, es sei das Interesse Deutschlands und Preußens, daß Christian IX. von Seiten Preußens nicht als Herzog von Schleswig-Holstein anerkannt werde.“

Frankfurt, 28. November. Bundestags-Sitzung: Das Creditiv des dänischen Gesandten wird vorgelegt, dessen Ueberweisung an den Ausschuss, von Seiten des Präsidiums beauftragt wird. Dagegen protestirt Disting, die anderen Gesandten erklären, daß dem Gesandten des König Christian, ehe die Bundesversammlung über die Summaführung für Holstein Beschluß gefaßt, das Wort zu versagen sei. Eine darüber herbeigeführte Abstimmung entscheidet gegen die Zulassung Disting's, welcher den Saal verläßt...

London, 28. November. Dem Vernehmen nach ist an die deutschen Großmächte die Erklärung abgegeben: England trete entschieden für Aufrechterhaltung des Londoner Protocolls ein und habe Dänemark den Bestand seiner Flotte zugesichert, im Falle Deutschland einen Kriegesfall herbeiführt.

Paris, 28. November. Der „Konstitutionnel“ wirft in einem von Emancipation unterzeichneten Artikel England vor, daß es überal verweigert habe, sich der hochherzigen Initiative Frankreichs anzuschließen. Wenn über Europa schwere Bewölkungen (conflagrations) kommen, wie dies nur zu wahrscheinlich ist, wird die Verantwortung auf die zurückfallen, welche das Werk des Friedens und der Versöhnung zurückgeschoben haben.

Effecten- und Wechsel-Course an der f. l. öffentlichen Börse in Wien am 30. November 1863. (Schluss-Cours in österreichischer Währung.)

berath von Innsbruck... Martin Meyer eine... und Genossen wegen... (Wesst.)... der „S. C.“ geschrieben:... in der Sitzung... auf die Vorwürfe... haben nicht... nach dem Parteistand...

der „S. C.“ geschrieben:... in der Sitzung... auf die Vorwürfe... haben nicht... nach dem Parteistand... der „S. C.“ geschrieben:... in der Sitzung... auf die Vorwürfe... haben nicht... nach dem Parteistand...

Deutschland. München, 25. November. Die „Bayerische Ztg.“ bestätigt, daß es unzweifelhaft sei, was die bayerische Regierung in Bezug auf Schleswig-Holstein thue. Die Regierung werde ihrer seitherigen Haltung treu und consequent bleiben...

München, 26. November. Der Ausschuss des (allgemeinen) deutschen Reform-Vereins hat heute folgenden Beschluß gefaßt: „Der Ausschuss in den Verhältnissen der Herzogthümer Schleswig-Holstein, herbeigeführt durch den Tod Friedrich VII. von Dänemark, veranlaßt den Ausschuss des deutschen Reform-Vereins, seiner Anschauung nachstehenden Ausdruck zu geben: Der Hinter des Königs von Dänemark hat die schon bestehenden Schwierigkeiten durch die praktische gewordenen Erbfolgefrage wesentlich gesteigert...“

Die gesammte deutsche Volk, ohne Unterschied der Parteien, betrachtet die sofortige wirksame Abwehr dänischer Angriffe auf die Rechte Schleswig-Holsteins, als ein Postulat seiner nationalen Ehre. Die gesammten europäischen und deutschen Verhältnisse erschweren den ehrenvollen und befriedigenden Abschluß der schleswig-holsteinischen Frage und diese Sachlage erscheint als der ernsteste Mahnung zur Einigung. Diesen Ruf wiederholt zu erheben ist Pflicht jedes Vaterlandsfreundes auf daß in dem Herzen unseres Volkes die Zuversicht lebendig werde...

Der Ausschuss des deutschen Reform-Vereins sucht, soweit seine Kräfte reichen, diese Pflicht durch vorstehende Kundgabe zu genügen, und ladet die Gesammten der Nation, und insbesondere die großdeutschen Vereine ein, sich derselben anzuschließen. v. Lerchenfeld; v. Wydenbrugg; H. v. Sageru; Edel; Scheffl u. f. w. (Vorschaft.)

Frankfurt, 25. November. Es steht außer Zweifel, daß in der morgen stattfindenden Bundestags-Sitzung die Zurückweisung des dänischen Gesandten Disting-Holstein per majora beschloffen wird. Der Legations-Ausschuss wird mit 5 gegen 2 Stimmen die Sendung des betreffenden Gesandtschaftsposiens bis zum Austrag der Anerkennungfrage (über dieselbe wird der staatsrechtliche Ausschuss, Vorsitzender M. Mohl, zu berichten beginnt) beantragen. Die Zulassung Mohl's als Gesandter des Herzogs Friedrich von Augustenburg wird später berathen werden. (Bresse)

Dresden, 25. November. Die erste Kammer hat heute den Antrag Waldeck's berathen und beschloffen: In dem die Kammer ihre Befriedigung über die gestrige Erklärung der Regierung ausdrückt und in der Voraussetzung, die Regierung werde dabei auch für die Geltendmachung der Rechte Holsteins auf Schleswig wirken, erklärt die Kammer: Das sächsische Volk und seine Vertreter sind bereit, die Regierung hierin in jeder Weise zu unterstützen, selbst wenn hierbei die Ergreifung der äußersten Mittel nöthig werden sollte.

Hannover, 24. November. Der König empfing persönlich die Deputation der sächsischen Collegien, welche eine Adresse in Betreff der schleswig-holsteinischen Frage überreichte, und antwortete im Allgemeinen, er werde ferner in der holsteinischen Sache thätig sein, und der Bundestags-Ausschuss werde die Successionsfrage unparteiisch prüfen.

Hamburg, 23. November. Wie versichert wird, verweigern der Administrator der Grafschaft Kaubau, Kammerherr v. Rolke, das gesammte Altonaer Magistrats- und Justizcollegium, die dortigen Gymnasialprofessoren, fast alle dortige Advokaten und das gesammte Personal der holsteinischen Regierung zu Altona vom Bureauchef abwärts ebenfalls den Huldigungs-Eid. Hamburg, 24. November. Eine heutige, auch von der Ritterschafft zahlreich besuchte Versammlung von holsteinischen Ständesabgeordneten hat einstimmig die Eingabe der 25 Abgeordneten an die Bundesversammlung gutgeheißen. Weitere 38 Mitglieder, darunter Baron Blome, haben die Eingabe nachträglich unterzeichnet. Dem Vernehmen nach wurde Schell-Plessen nach Kopenhagen berufen. Er ist dorthin abgereist. Das holsteinische Ministerium soll ihm angedungen sein. Herzog Friedrich von Augustenburg, welcher sich noch in Gotha befindet, organisiert seine Regierung für Schleswig-Holstein. Er hat die lobungswürdigen Beamten, die Herren Franke und Samwer, zu seinen Ministern ernannt, und Geheimrath Magesen, Director des Germanischen Museums in Nürnberg, ein Schleswiger, 1848 Gesandter der Herzogthümer in Berlin, ist durch den Telegraphen nach Gotha berufen worden...

